

Der ausgeblieben Weltuntergang – was ist eigentlich in Fukushima los?

Fast 100 Kernkraftwerke auf der ganzen Welt hatte ich schon gesehen. Ich war auch in Japan – allerdings war Fukushima noch nicht dabei. Meine Organisation hatte sich als zahnloser Tiger entpuppt und auf der ganzen Linie versagt. Ich wäre am liebsten vor Scham in den Boden versunken. Noch am gleichen Abend meldete ich mich freiwillig, um in Fukushima den Kollegen zu helfen. Ich war nicht der Einzige – hunderte Ingenieure der Nuklearindustrie taten das.

Die Erdachse wurde verschoben

Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit traf Japan ein schweres Erdbeben. Die Pazifische Platte schob sich ruckartig fünf Meter auf die Nordamerikanische Platte. Die Erdkruste riss auf einer Länge von 400 Km bis in eine Tiefe von 60 km auf. Das Tohoku-Erdbeben vor der Küste von Fukushima wurde mit 9,1 auf der Richterskala bewertet. Die freigesetzte Energie des Bebens war äquivalent der Energie von 780 Millionen Hiroshima-Bomben. Das Erdbeben war so schwer, dass sich die Erdachse um 16 cm verschob – seither dreht sich die Erde etwas schneller, die Tageslänge verkürzte sich um 1,8 Mikrosekunden. 400.000 Gebäude stürzten ein. Alle Kernkraftwerke Japans schalteten sich bei dem Beben automatisch ab und gingen in den Notkühlbetrieb über. Das Stromnetz in großen Landesteilen wurde erheblich beschädigt.

Als Folge des Bebens verwüstete ein gigantischer Tsunami die Küstenregion von Fukushima. 22.000 Opfer waren zu beklagen. Das Kernkraftwerk Fukushima mit seinen sechs Reaktor-Blöcken wurde von einer Wasserwelle von 14 Metern Höhe getroffen und vier tiefer gelegenen Reaktorblöcke wurden überschwemmt und völlig verwüstet. Mit dem kleinen Finger ihrer linken Hand drückte die Flutwelle die eisernen Maschinenhaustore der Reaktorblöcke auf und verwandelte die Turbinen-Gebäude in U-Boote, in denen das Wasser fünf Meter hochstand. Dort befanden sich aber auch die Notstromdiesel, deren Funktion für diese Anlagen jetzt überlebenswichtig war. Die umfangreichen Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerkes mussten ohne Notstromversorgung versagen und die Reaktorkerne überhitzten sich bis zur Teilschmelze. Das nennt der Fachmann GAU – Größter Anzunehmender Unfall. Durch eine Hitze-Reaktion des Zirkoniums der Brennelemente mit dem Wasserdampf entstanden große Mengen an Wasserstoff, der in Verbindung mit Luftsauerstoff als Knallgas gerne explodiert.

Japans Sicherheitskultur versagte

Zweifelsfrei hatte hier die Unfallvorsorge des Energieversorgers TEPCO (Tokyo Electric Power Company) versagt. Die Welt verstand Japan stets als ein Hochtechnologie-Land und lernte nun: „Hochtechnologieland“ bedeutet nicht unbedingt „Hochsicherheitsland“. Es war [Japans Sicherheitskultur](#), die versagt hatte.

Die [Bilder der Wasserstoffexplosionen in Fukushima](#) wurden weltweit als

explodierende Reaktoren wahrgenommen. Als wäre eine solche Katastrophe nicht genug, wurde der GAU in Fukushima mittels dieser Bilder von den deutschen Medien im Einklang mit der Politik regelrecht orchestriert und in einen Super-GAU erhöht. Einen Supergau gibt es sprachlich gar nicht, da GAU schon „Größter Anzunehmender Unfall“ heißt. Eine ungeheuerliche Medienkampagne brach in Deutschland los und spülte ganz nebenbei in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten an die Macht. Der ARD-Korrespondent Robert Hetkämper relatierte damals darüber, dass in Fukushima [Obdachlose und Jugendliche in einem Kamikaze-Einsatz verheizt](#)würden. Eine heute amtierende Bundestagspräsidentin widmete kurzerhand die [Tsunamioffer zu Strahlenopfern](#)um. Nichts davon stimmte. Es gab keine Strahlenopfer in Fukushima. Die sieben Todesopfer im Werk fielen dem Erdbeben – ein Kranführer stürzte von seinem Kran ab – oder dem Tsunami zum Opfer – sie ertranken in den Fluten.

Die Angst der deutschen Politik vor dem Zeitgeist

Was ist aus den [Weltuntergangs-Szenarien](#)geworden, die von den Medien angeheizt, Panik über den Erdball verbreiteten? Nichts, rein gar nichts – außer, dass der Tsunami in Fukushima in Deutschland mehr Kernreaktoren zerstört hat, als im fernen Japan. Ließ doch die deutsche Kanzlerin auf der Tsunamiwelle reitend für ein paar Wählerstimmen einen ganzen Industriezweig [gesetzwidrig enteignen](#), indem die gültigen Betriebsgenehmigungen deutscher Kernkraftwerke eingezogen wurden. Acht Blöcke wurden sofort abgeschaltet, die restlichen werden bis 2022 außer Betrieb genommen – aus Angst vor einem Tsunami in der deutschen Tiefebene?

Nein, aus Angst vor dem Zeitgeist. Genützt hat es der CDU nichts. Die Wahl in Baden-Württemberg hat sie damals trotzdem nicht gewonnen. Und den deutschen Steuerzahler hat die Kanzlerinnenpanik viele Milliarden gekostet, Milliarden, die [anderswo dringend gebraucht wurden](#). Deutschland hat sich durch den Abschied von der Kernenergie meilenweit vom Erreichen seiner selbstgesetzten Klimaziele entfernt. Lernen aus Fehlern? Das muss in Deutschland nicht sein. Jetzt wird – genau mit der gleichen Panikmache – ein weiterer Ast abgesägt, auf dem der deutsche Wohlstand sitzt. Die [Gretaisierung der deutschen Politik](#)schreitet auch heute noch unaufhaltsam und majestätisch wie eine Tsunamiwelle voran. Und genau so verheerend wie ein Tsunami wird auch die Wirkung sein. Aber ach – das sagend fühle ich mich wie [Kassandra](#)– die der Legende nach begabt war, die Zukunft vorherzusagen und dazu verdammt war, dass ihr niemand Glauben schenkte.

Was wurde aus der Zone der Evakuierung?

Unmittelbar nach dem GAU wurde eine 20km-Zone um das havarierte Kraftwerk von der japanischen Regierung evakuiert. Ob dies notwendig und besser für die Betroffenen war, darüber lässt sich unter Strahlenschutzgesichtspunkten trefflich streiten. Ich glaube, es war eher kontraproduktiv. In den letzten Jahren wurde die [Evakuierungszone aufwendig dekontaminiert](#), ein Vorgang, den man sich in Deutschland nicht vorstellen mag. 15,2 Millionen Kubikmeter „kontaminiertes Erdreich“ wurden in der Präfektur Fukushima abgetragen und in [150.000 speziellen Lagerstätten](#)verstaut. Die Strahlenbelastung in Fukushima Stadt ging von 2,74 Mikrosievert nach dem Unfall auf heute normale Werte von

0,14 Mikrosievert zurück. Ich bin kein Strahlenschutzexperte. Deshalb ein paar etwas laienhafte Erklärungen dazu. (Zum einfacheren Vergleichen gebe ich die Werte in Mikrosievert pro Stunde ($\mu\text{Sv/h}$) und gerundete Zahlen an. In einigen gesperrten Teilen der Evakuierungszone sind die Werte deutlich höher).

Die Luftstrahlung an der Messtation Odaka – 15 km vom Kernkraftwerk Fukushima Daiichi entfernt und typisch für die wieder zum Heimkehren freigegebenen Bereiche – beträgt 0,14 $\mu\text{Sv/h}$. Das liegt leicht über dem normalen Strahlungsniveau von z.B. New York, ist aber etwas niedriger als in Rom und deutlich niedriger, als in einigen Gebirgsregionen Deutschlands. Eine der höchsten natürlichen Strahlenbelastungen weltweit findet sich im iranischen Ramsar mit Spitzenwerten der effektiven Dosis von 14 $\mu\text{Sv/h}$. Zum weiteren Verständnis: 5-10 μSv werden für einmaliges Zahnröntgen appliziert und mehr als 50 μSv für einen einfachen Flug von Tokio nach New York. Noch ein Beispiel: 12.000 Computertomografien werden in Deutschland pro Jahr durchgeführt. Bei einer Ganzkörper-CT werden zwischen 1000 μSv und 10.000 μSv verabreicht.

Mehr als die Hälfte der Evakuierungszone von 371 Quadratkilometer wurde inzwischen wieder für die Bevölkerung zum Wiederbezug freigegeben. Insgesamt kehrten etwa 50.000 Einwohner (2,6% der Bevölkerung der Präfektur) nicht in ihre angestammte Heimat zurück. Selbst in die Dörfer nahe des Kraftwerkes Fukushima kehrt das Leben langsam zurück. Es wird aber noch Jahre dauern, bis die Narben des Unglücks verheilt sind. Zum Beispiel sind in Odaka Town, etwa 15 km vom Kraftwerk entfernt, erst ein Drittel (2.832 von einst 8.313) der Einwohner zurückgekehrt. Oder in Nami-Town – das erst 2017 freigegeben wurde – sind von den einst 20.000 Einwohnern erst 500 zurück.

Viele der hastig Evakuierten haben in den letzten sieben Jahren eine neue Heimat gefunden und wollen gar nicht zurückkehren. Einige haben auch Angst vor Strahlung und bleiben lieber woanders. Es kommen aber auch Menschen von anderswo nach Fukushima, um sich mit den Unterstützungsprogrammen der Regierung hier eine Existenz aufzubauen. Die „Todeszone“ ist längst wieder zum Leben erwacht.

Das [Soma Nomaoi](#) Samurai-Festival zog jedenfalls im Jahr 2018 über 40.000 Besucher nach Fukushima an. Und landwirtschaftliche Produkte, wie die berühmten [Fukushima Pfirsiche](#), sind wieder gefragt. Doch das ist hierzulande keine Nachrichten wert, da [schüttelt sich der deutsche Haltungsjournalist](#) vor Abscheu.

Wie sieht es heute auf dem Kraftwerksgelände aus?

Eines Vorab: Das Kraftwerk [Fukushima ist heute eine Touristen-Attraktion](#).

Tausende Nuklearexperten besuchen jährlich das Gelände. Welcher Nuklearexperte möchte sich nicht adeln, indem er sagt: „Ich war in Fukushima“. Es bestehen lange Wartelisten für den Fukushima-Entgruselungsbesuch. Aber es gibt auch genügend normale „23.000 Yen-Sensationstouristen“, die das Kraftwerksgelände wenigstens von Weitem sehen wollen. Ich kann mir schönere Orte für [meinen Japanbesuch](#) vorstellen.

Die Aufräumarbeiten haben von den hiesigen Medien völlig ignoriert gute Fortschritte gemacht. TEPCO veröffentlicht in regelmäßigen Abständen ein [Vorher-Nachher-Video](#) mit der gegenwärtigen Situation auf dem Gelände des havarierten Kraftwerkes – sehenswerte acht Minuten.

Mehr als 6.000 Menschen arbeiten an dem Rückbau des havarierten Kraftwerkes und vollbringen Leistungen, die den hiesigen Medien [höchstens negative Erwähnung](#) wert sind. Was die linken Journalisten am meisten ärgern dürfte und nicht ins Weltbild passt: auf dem riesigen Gelände des havarierten Kraftwerkes verkehrt ein fahrerloses vollelektrisches Bussystem. Gäbe es das woanders, wären die Jubelmeldungen endlos. Aber – das Kraftwerksgelände ist dekontaminiert und neue Sozialgebäude sowie eine komplett neue Infrastruktur für den Rückbau wurden errichtet.

Im Block 1 wird das zerstörte Gebäude repariert und der Kernbrennstoff aus den Abklingbecken entfernt. Auch das Gebäude des Blockes 2 wurde abgedichtet und die Entfernung des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Am Block 3 wurde ein neues Dach installiert und der Abtransport des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Block 4 ist vollkommen brennstofffrei. In den Reaktoren eins bis drei untersuchen Roboter den Zustand der teilweise geschmolzenen Reaktorkerne, um auch hier den Brennstoff zu entfernen. Dies wird aber noch ein paar Jahre dauern.

Um das Grundwasser am Eindringen und Ausfließen zu hindern, wurde um das gesamte Kraftwerk eine [1500 Meter lange und 30 Meter tiefe Eis-Mauer](#) in den Boden gefroren. Sie funktioniert wie ein Kühlschrank. Durch tausende von in die Erde getriebene Rohre fließt Kühlflüssigkeit, die das Erdreich wie eine Mauer gefrieren lässt – eine technische Meisterleistung, von der Sie, lieber Leser wohl kaum je etwas gehört haben. Der verlinkte Artikel ist in Englisch, da ich keinen deutschsprachigen Beitrag finden konnte. Daher gilt hier ironisch der erste Haferburgsche Medien-Lehrsatz: „Die deutschen Medien informieren mich umfassend und wahrheitsgemäß – außer auf dem Gebiet, von dem ich etwas verstehe“.

Nach dem Unfall mussten die Aufräumarbeiter anfangs unter Vollschutzkleidung und Atemmasken arbeiten. Heute, dank Dekontamination, können sich die Arbeiter auf 96% des gesamten Geländes in normaler Kleidung ohne Masken bewegen. Mehrere neue Wasseraufbereitungsfabriken dekontaminieren das in den Tanklagern aufgefangene radioaktive Wasser. Diese Wässer werden noch in großen neuen Tanklagern zwischengelagert, in denen die provisorischen Tanks durch neue, geschweißte Tanks ersetzt wurden. Die [Küstenmauer des Kraftwerkes](#) wurde komplett neu wasserdicht erbaut. Große Lager für niedrigradioaktiven Bauschutt wurden eingerichtet.

Japan wird Vorreiter

Wer sehen will, was am 11. März 2011 wirklich in den Reaktoren von Fukushima passierte, sehe sich [dieses Video](#) an. Roboter dringen in das Innerste der kaputten Reaktoren ein und zeigen die teilweise geschmolzenen Reaktor-Bauteile. So schlimm der Gau auch war – Japan erarbeitet sich gerade eine echte Vorreiterrolle im Bauen von Robotern, die schier Unmögliches vollbringen. Und man sieht den Ingenieuren den Stolz auf ihre Geräte an, auch

wenn man kein Japanisch kann.

Bis 2011 erzeugte Japan ein Drittel seines Stroms aus Kernenergie. Da Japan kaum über eigene Energieressourcen verfügt, belastet der Import von Energieträgern die Japanische Industrie sehr hoch und gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Anders als in Deutschland neigen die Japaner nicht zur Klima- und Atomhysterie. Deshalb wurde ein Atomausstieg nach Fukushima nicht in Betracht gezogen. Im Gegenteil, die Japaner lernen aus ihren Fehlern. Japan rüstet seine 37 Reaktoren sicherheitstechnisch nach und nimmt sie sukzessive wieder in Betrieb. Die ersten zwei Einheiten wurden bereits 2015 wieder angefahren. Sieben weitere Reaktoren laufen heute wieder. 17 weitere Reaktoren befinden sich gegenwärtig im Prozesse der Wiedererteilung der Betriebsgenehmigung.

Ich habe mir die neuen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort in [Kashiwazaki Kariwa](#) persönlich angesehen, sie sind durchaus beeindruckend. Gigantische Flutwälle, zusätzliche flutsichere Notstromaggregate, unabhängige Notkühlaggregate, erdbebensichere Notfallgebäude, Vorräte für autarke Langzeitversorgung der Mannschaft, strukturunabhängige Notfallkommunikationsmittel... Getan wird, was menschenmöglich ist, um ein zweites Fukushima zu verhindern. Getan wird alles, damit die Kernkraftwerke wieder angefahren werden können. Weil sie, so seltsam das klingt, von der Regierung für eine sichere Energieversorgung als notwendig erachtet und von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Die deutsche Energiewende scheitert am Atomausstieg

Trotz der gigantischen Geldausgaben von über 500 Milliarden Euro wird Deutschland seine selbstgesteckten Ziele der CO₂ Einsparung für das Jahr 2020 völlig verfehlen. Die Energiewende ist gescheitert. Die Hauptursache für dieses Totalversagen ist der überstürzte Atomausstieg. Kernkraftwerke sind nun mal die einzige CO₂-freie wetterunabhängige Grundlastquelle. Gerichtet werden soll es jetzt mit einem genauso überstürzten Kohleausstieg. „Aussteigen ohne Einzusteigen“ ist das Motto, oder „Mehr vom Selben“. Wahnsinn ist, wenn man versucht, mit mehr von denselben Mitteln, die vorher schon nichts brachten, ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Um das eigene Komplettversagen in der Energiepolitik zu vernebeln, verweist die Politik jetzt auf Zeiträume weit außerhalb ihrer Legislaturperioden-Kompetenz. So werden halt andere Politiker für das Nichterreichen der nächsten Ziele und die Damit verbundene Geldverschwendung verantwortlich sein. Beim [Pro-Kopf Ausstoß von CO₂](#) rangiert Deutschland derzeit mit ca. 9 Tonnen pro Jahr auf Platz 24. Die Sieger der „Dekarbonisierung“ auf Platz 1 bis 5 heißen Kongo, Niger, Äthiopien, Südsudan und Eritrea mit je weniger als 0,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr.

Liebe deutsche Landsleute, sollten [Gretas](#) und der [Grünen](#) Forderungen nach „[der Änderung von Allem](#)“ umgesetzt werden, dann wisst Ihr jetzt, [wo es hingeht](#). Und vielleicht meinte ja Angela Merkel genau das, als sie davon sprach, dass die deutsche Politik „[Fluchtursachen beseitigen](#)“ muss. Nämlich dann, wenn Deutschland es schaffen würde, einen CO₂-Ausstoß von kleiner als einer Tonne pro Kopf zu erreichen. Dann bestünden absolut [keine Fluchtursachen nach](#)

[Deutschland](#)mehr. Die Politik ist auf einem guten Weg dazu.

Manfred Haferburg ist Autor des Romans „Wohn-Haft“. Der Roman beschreibt [auf spannende Weise](#) den aussichtslosen Kampf eines Einzelnen gegen ein übermächtiges System. Ein Kampf, der in den Schreckensgefängnissen des sozialistischen Lagers endet. Ein Kampf, in dem am Ende die Liebe siegt. Wolf Biermann schrieb dazu ein ergreifendes Vorwort. Der 524 Seiten Roman ist als Hardcover zum Verschenken für 32€, als E-Book für 23,99€ und als Taschenbuch für 20€ erhältlich. (Amazon 36 Kundenbewertung 4,5 von 5 Sternen)

Der Beitrag erschien zuerst bei [ACHGUT](#)

[Planungssicherheit für Jobverlust – Absurdes Theater im Deutschen Bundestag](#)

Jedes [Mitglied der Bundesregierung schwört bei Amtsantritt](#) „alles zu tun, um Schaden **vom Deutschen Volke** abzuwenden“, sie schwören nicht „alles zu tun um Schaden **von der Welt** abzuwenden“, sie schwören auch nicht „alles zu tun größtmöglichen Schaden dem Deutschen Volke **zu bringen**“.

Aber genau das war es, was die Regierung -und mit einer Ausnahme – alle im Parlament vertretenen Parteien am letzten Donnerstag in Angriff nahm. Die Regierung tat es, indem sie einen vorher festgelegten Ausstiegsbeschluss aus der Kohleverstromung zunächst von einer fachfremden, schwer ideologisierten Kommission ([Details dazu z.B. hier](#)) heiligen, und dann deren bereits vorher feststehendes Ergebnis vom Parlament pauschal per „Diskussion“ genehmigen ließ. Natürlich allein dem hehren Zweck dienend, die Welt vor einer Klimakatastrophe zu bewahren.

Wäre der Bundestag eine reale Theaterbühne, müsste der Zuschauer glauben, er wohne einer besonders teuren Aufführung des absurden Theaters bei. Bei der der Autor, um dessen Absurdität auch den begriffsstutzigsten Zuschauern klarzumachen, auch vor irrwitzigsten Pointen nicht zurückscheute. Zum Beispiel indem er allen Protagonisten vorschrieb– wohl gemerkt mit der Pointe einer Ausnahme- fast im Chor und fast synchron den eigenen wirtschaftlichen Niedergang zu fordern. Es bleibt müßig zu erwähnen, dass, bis auf eine Minderheit grüner Fanatiker, niemand in diesem Land der Regierung das Mandat erteilt hat, die Welt zu retten. Schon gar nicht mit dem Preis des wirtschaftlichen Untergangs des eigenen Landes.

„**Die weltweit dümmste Energiepolitik**“, so bewertete das [Wall Street Journal](#) am 30. Januar die Energiewende samt Ausstiegsplan, wobei es

unerheblich ist, ob Dummheit, Überheblichkeit oder Fanatismus, vielleicht sogar Absicht, die Leitmotive dieser Regierung und der sie tragenden Parteien sind. Allein an ihren Taten müssen und werden wir sie messen.

Was war geschehen?

Auf Antrag der FDP fand am 31.1.19 eine aktuelle Stunde zum Bericht der Kohleausstiegskommission – aufgehübscht „Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“...“ genannt, im Deutschen Bundestag statt. Die aktuelle Stunde lief unter dem schönen heuchlerischen Titel: „Kohlekommission: Klimaschutz sichern- Steuerzahler schützen“

Wie immer bei solchen Themen durften alle Parteien in kurzen Beiträge a 5 Minuten darlegen, was sie von den Ergebnissen halten.

Und wie nicht anders zu erwarten, war die SPD dafür. Wobei es ihr Geheimnis blieb, wie sie ihren immer weniger werdenden Wählern erklären will, warum sie für deren Jobvernichtung ist.

Es ist zu vermuten, das ihre Abgeordneten immer noch nicht begriffen haben, dass man eingespartes CO2 – zumal in deutschen Mikromengen- nicht essen kann. Dann sollen sie eben Kuchen essen, mögen einige gedacht haben.

Auch die Union war dafür, nur zwei Abgeordnete der Union (Lämmel und Koeppen), die ihre Wahlkreise zufälligerweise in den ostdeutschen Ländern haben, waren – man ahnt es- auch nicht richtig dagegen, aber für eine sorgfältige Überprüfung der Ergebnisse. Sie warnten -vernünftigerweise- man solle doch nicht den zweiten oder gar dritten Schritt vor dem ersten gehen, und meinten damit, dass man zunächst für brauchbaren Ersatz sorgen müsse, bevor man eine sichere Stromversorgung ausknipst.

Natürlich waren sie nicht richtig dagegen, aber so können sie vor ihren Wählern behaupten, sie hätten ihre Bedenken kundgetan.

Die FDP ist dagegen, weil sie dafür ist

Eine andere Nummer zog der FDP Chef Lindner für seine Partei ab. Man sei ja auch unbedingt für den Klimaschutz und dafür sei nun mal die CO2 Absenkung unbedingt erforderlich – Mist, aber was soll man machen- aber dies bitte marktwirtschaftlich.

Darunter versteht Herr Lindner und mit ihm seine vermeintlich liberale Partei, die Stärkung des staatlichen Monopols, bisher freie Güter, wie die Luft zum Atmen, bzw. das Anreichern derselben mit CO2 Emissionen, einer Besteuerung zu unterziehen. Diese ist inzwischen EU-weit eingeführt, was die FDP toll findet, und fordert, man möge doch durch drastische Verknappung der zugewiesenen teuer zu erwerbenden Emissionszertifikate, dafür sorgen, dass den Kohleverstromern von selbst die Luft ausgeht. Und mit ihnen, was natürlich sehr bedauerlich ist, rund hunderttausend, zum Glück Nicht-FDP Wählern, die Arbeitsplätze kosten würde. Nur das sei marktwirtschaftlich, so Lindner – und benötige keine vom Steuerzahler gepamperten Ausstiegspfade- und daher lehne man das Kommissionsergebnis ab.

Grüne und Linke sind dafür, aber schneller

Grünen und Linken hingegen war das alles noch nicht schlimm genug. Sie forderten mehr und vor allem schnelleren Ausstieg und mehr Steuerzahlergeld.

Besonders aktuell zeigte sich dabei der abgebrochene Biologiestudent und „Bienenpate“ seiner Fraktion, Oliver Krischer von den Grünen, der den Kreuzzug ideologisch von ihren Lehrern missbrauchter Kinder, mit ihrem Schuleschwänzen für das Klima, zum Anlass nahm – aus Rücksicht auf diese weitsichtige Jugend, Greta lässt grüßen- mehr und schnelleren Ausstieg zu fordern. Ist ja klar, mag sich Krischer gedacht haben, je dümmer diese Schüler bleiben, umso eher wählen sie die Grünen, denn, so formulierte es die Dichterin Marie-Louise Ebner Eschenbach mal treffend: „Wer nichts weiß muss alles glauben!“

Wer Maoschist ist, oder mal ein schauriges Deja Vu erleben möchte, dem sei die Rede des wortgewaltigen Krischer empfohlen. Ab Minute 27:46

Videoausschnitt der Rede des Grünen MdB Oliver Krischer

Nur die AfD wagte es – mal wieder – auf den Kaiser zu zeigen und zu rufen „der ist ja nackt“. Bemerkenswert dabei die Stille im Plenum, als der AfD Abgeordnete Karsten Hilse erneut darauf hinwies, dass selbst nach vollständiger Dekarbonisierung, Deutschlands Beitrag zur Absenkung der globalen Mitteltemperatur und nach IPCC Regeln maximal 0,000.653 °C betrüge. Selbst den Blödesten unter den Anwesenden müsste spätestens jetzt klar geworden sein, dass bei diesem Ergebnis die gesamte deutsche „Klimaschutzpolitik“ völlig absurd ist. Absurdes Theater eben.

Doch es regte sich nichts. Kein Protest, kein Zwischenruf, aber auch keine Zustimmung, kein Ruf nach Innehalten, noch sonst irgendwas. Weder bei den Parlamentariern noch auf der Regierungsbank. Es blieb still. Wie soll man nun diese Aufführung im Deutschen Bundestag nennen? Absurdes Theater? Oder könnte man vermuten, dass die Realität soweit fortgeschritten ist, dass nun auch die Insassen nicht nur ihr Irrenhaus bevölkern, sondern auch noch deren Leitung übernommen haben?

Videoausschnitt der Rede von Karsten Hilse zum Kohleausstieg.

Nun soll noch Milton Friedman, der große US Ökonom, das letzte Wort(1) haben: Dieser hat einmal über den Umgang mit Geld folgendes gesagt:

Es gibt vier Arten, Geld auszugeben.

Erstens: man gibt sein Geld für sich selber aus. Dabei ist man besonders sparsam.

Zweitens: Man gibt sein Geld für andere aus. Da werden die Menschen bereits großzügiger.

Drittens: Man gibt fremdes Geld für sich aus. Da fallen schon die meisten Schranken.

Und viertens: Man gibt fremder Leute Geld für andere aus. Da gibt es kein Halten mehr.

QUED

(1) Diese Bonmot habe ich in einem Artikel des FDP MdB Frank Schäffler bei TE gefunden [hier](#). Obwohl auch Frank Schäffler in Klimafragen inzwischen recht weichgebürstet zu sein scheint, ist nach wie vor lesenswert, was er schreibt.

[Nachrichten aus dem Paralleluniversum](#)

Ältere Menschen erinnern sich noch, wie es war, als das Wetter sich noch einigermaßen normal verhielt. Es hat im Winter geschneit, manchmal und ausnahmsweise noch in den Frühling hinein. Der Sommer zeigte sich mal nass, zuweilen trocken, mal kühl und zwischendurch auch heiss. Es schien uns nicht ungewöhnlich, wir kleideten uns entsprechend und wurden durch das Auftreten der Jahreszeiten nicht weiter überrascht. Es gab Kalender, und wir ahnten, was es bedeutete, wenn wir uns im Januar befanden.

Disentis als «Geisterstadt»

Heute sind diese früheren Selbstverständlichkeiten («Was das Grosi noch wusste») verlorengegangen. Herrschen völlig jahreszeitengemässe 5 Grad unter null am Morgen, erschreckt einen ein grosser Aufmacher im Online-Teil der früher ehrwürdigen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel «Deutschland muss frieren». Die kürzlich in den Wintersportgebieten sehr willkommenen Schneefälle erfuhren ein Upgrade zur Schneekatastrophe, ein Schweizer Gratisblatt machte Disentis, das wegen Lawinengefahr für sehr kurze Zeit von aussen nicht mehr erreichbar war, zur «Geisterstadt», und wer regelmässig Radio hört, wird von sturzbetroffenen jungen Menschen an milden Wintertagen vernehmen, dass es draussen «frostige [plus] 10 Grad» kalt sei.

Vor allem Online-, immer häufiger auch Printmedien kreieren so ein Paralleluniversum, das wir jeden Tag bewundern dürfen. Zuletzt, als den staunenden Deutschen am vergangenen Wochenende beschieden wurde, sie würden

vor einer vier Wochen dauernden Periode «sibirischen Winters» stehen. Das war von Anfang an frei erfundener Blödsinn, nur für den Klick, für den Augenblick.

Die moderne Medienwelt, in welcher das Anklicken einer Geschichte zum Mass aller Dinge und zur Basis der Bezahlung durch Werbekunden geworden ist, hat bei den meisten Journalisten jegliche Hemmungen fallen lassen, was den Umgang mit der Wahrheit angeht. Es gibt keinen Tag, an dem nicht im Zusammenhang mit Wetter und Klima völliger Humbug zu lesen ist. Die Spannweite reicht von grotesken Übertreibungen über falsche Einordnungen eines Ereignisses bis zu – wie bei den «sibirischen Wochen» – freien Erfindungen von Nachrichten. Diese werden häufig mit alliterationsaffinen Attributen garniert, die mit der Gründung des medialen Paralleluniversums einhergehen: «*Russenpeitsche*», «*Kältekeule*», «*Schneeschelle*».

Diese Wettergeschichten heute unterscheiden sich deutlich von den Zeiten boulevardesker Zuspitzungen, als etwa ein damaliger Chefredaktor mich beim Schlagzeilenmachen fragte, ob der von ihm bevorzugte Titel noch «im Streubereich der Wahrheit» sei.

Die Mehrheit der abgedruckten oder online gestellten Geschichten zum Thema Wetter oder Klima ist heute falsch.

Oder man könnte deutlicher formulieren : **erlogen.**

Erlogene Sibirien-Story

In diesem Klima des «anything goes» ist die Wissenschaftlichkeit auch beim wichtigen Thema des Klimawandels völlig auf der Strecke geblieben. Ein Teil der *Weltwoche*-Leserschaft muss kurz tapfer sein: Ja, es gibt einen Klimawandel, und Menschen haben auch einen Anteil daran. Inzwischen sind die Schützengräben des Stumpfsinns auf beiden Seiten so weit ausgehoben, dass auch beim Klimawandel jeder Stuss salonfähig geworden ist. Auf der einen Seite wird die Tatsache, dass einmal ein Elefant über die Alpen kam, als valides Argument gegen die Existenz eines menschenbeeinflussten Klimawandels betrachtet (als ob es etwas bedeutete, dass es auch früher schon mal warm war – was niemand bestreitet).

Schwerer als diese mittelmässig bahnbrechende Erreger-Software aus schwitzenden Facebook-Foren wiegt allerdings die Tatsache, dass Politiker, bei denen wir hofften, dass noch ein Hauch Ratio in ihnen wohnen möge, unwissenschaftlichen Unsinn aller Art absondern, sobald es ums Klima geht. Als sei ein Zetteli an jeder Wetterlage angeheftet, weil wir auf der Erde herummarodieren würden, gibt es inzwischen eine völlig abseitige Inflation an Zuordnungen alltäglichen Wetters zum Klimawandel :

Schneit es im Winter nicht: *Klimawandel.*

Schneit es viel:

Klimawandel.

Ist es kalt: *Klimawandel.*

Ist es warm: Klimawandel.

Die deutsche Grünen-Politikerin **Bärbel Höhn** lieferte diesbezüglich vor wenigen Tagen einen traurigen Höhepunkt durch ihren persönlichen Urknall, indem sie die vier Wochen «sibirischer Kälte», die an sich schon frei erfunden waren, **einem nicht existierenden Schwächeln des Golfstroms zuordnete**. Dadurch wurde das Paralleluniversum, das Medien erfunden haben, perfekt: Eine erlogene Sibirien-Story führte zu einer Reaktion tiefbestürzten Politiker mit völlig absurdem Inhalt, die wiederum die Sibirien-Story stützte. Der Hysterie-Fahrplan konnte so nach dem vorgeschriebenen Schema ablaufen:

1. Ein Wetterdienst kündigt an, es bleibe nicht länger so mild wie zurzeit.
2. Online-Medium: «Sibirische Wochen drohen.»
3. Hilfsorganisationen warnen vor den Folgen für Obdachlose.
4. Online-Medien berichten über die Warnungen der Hilfsorganisationen.
5. Politiker ordnen die Wetterveränderung dem Klimawandel zu.
6. Es herrschen morgens minus 2 Grad. Radiomoderatoren erzählen, wie bitterkalt es auf dem Weg ins Studio gewesen sei.
7. Online-Medien verwenden die herrschende Temperatur auf der Glattalp (dort immerhin minus 20 Grad; bisheriger Temperaturrekord, der verschwiegen wird: minus 53 Grad), damit sie schreiben können, dass klirrende Kälte herrsche, Temperaturen «bis zu minus 20 Grad».
8. Ein *Weltwoche*-Kolumnist fragt, wo jetzt nun der Klimawandel sei.
9. Eine Doomsday-Sirene aus der Klimahysterie-Szene, die uns vor zwanzig Jahren sagte, dass es im Winter nie mehr Kälte und Schnee geben würde, sagt, dass es nun öfter so extreme Sachen gebe.
10. Am Nachmittag steigen die Temperaturen bis knapp über den Gefrierpunkt. Die OnlineMedien warnen vor gefährlicher Glätte abends und starten einen Sibirien-Liveticker.
11. Behörden ordnen an, dass man auf Seen die durch die «sibirische Kälte» entstandene Eisschicht von fünf Millimetern nicht betreten solle. Es wird ein Archivfilm von der Eisrettung eines Hundes von 1986 gezeigt und der Enkel des Besitzers interviewt.

Mediale Wettermärchen

An dieser Stelle ist es den Medien bereits gelungen, das sibirische Paralleluniversum vollständig auszustatten. Durch die Perfektionierung der potemkinschen alternativen Wahrheit, aufgrund der immer mehr Menschen auf etwas reagieren, was es nicht gibt, aber gleichzeitig so tun, als ob es da

wäre, bleibt die freierfundene «sibirische Kälte» so lange erhalten, bis die Anzahl Klicks beim Liveticker deutlich sinkt und die «sibirische Kälte» durch ein neues Paralleluniversum ersetzt wird.

Dieses Verfahren wird heute von vielen Medien routinemässig angewandt und gibt Anlass zu höchster Besorgnis, weil es zeigt, dass Medien bereit sind, absichtlich und in vollem Wissen über die andersgeartete Realität völligen Blödsinn zu schreiben, und dass andererseits die Zeitgenossen in ihrer eigenen Wahrnehmung durch diese Lügengeschichten substantiell beeinflusst werden. Vor allem junge Menschen, die mit solchen medialen Paralleluniversen aufgewachsen sind, glauben inzwischen im Ernst, dass Frost und Schnee im Winter aussergewöhnlich seien, wie man in den Leserkommentaren zu Sibirien-Livetickern und in Sozialforen feststellen kann. Das hat dazu geführt, dass viele Leute nicht mehr wissen, dass die durchschnittliche Höchsttemperatur an einem Hochsommertag im Schweizer Mittelland bei rund 24 Grad liegt. Inzwischen werden, nach 734 Geschichten zur Frage, wo denn der «richtige Sommer» bleibe, 30 bis 35 Grad als Normalität angesehen, wobei die klickschlampesken Medien den Übergang zur unziemlichen «Sahara-Peitsche» bei über 35 Grad genau im Auge haben.

Die Bereitschaft der Medien, für Klicks geradeheraus zu lügen und dies konsequent und über längere Zeit durchzuziehen, besorgt einen insofern, als Menschen auf diese Lügengeschichten hereinfliegen. Das mag bisher auf Wetter- und Klimathemen beschränkt sein, weil das Wetter sich vor Gericht nicht gegen die freierfundene Berichterstattung wehren kann. Es rüttelt dennoch an den Grundfesten des Journalismus, wenn Wettermärchen heute zur Normalität geworden sind.

Ich möchte nicht aufgeben, zu hoffen, dass die Paralleluniversen eines Tages nicht mehr da sein werden. Wehret den Anfängen.

=====

Jörg Kachelmann ist Unternehmer und Meteorologe für kachelmannwetter.com

=====

)** Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in **WELTWOCH**E Zürich :

Nachrichten aus dem Paralleluniversum | Die Weltwoche, Nr. 4 (2019) | 24. Januar 2019 / <http://www.weltwoche.ch/>

EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Jörg Kachelmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages.

=====

Bei EIKE sind zu dem von Jörg Kachelmann behandelten Thema
**„Mediale
Wettermärchen“** jüngst erschienen:

() <https://www.eike-klima-energie.eu/2019/01/12/alarm-sirenen-unter-wasser/>

() <https://www.eike-klima-energie.eu/2018/09/05/sommer-witterung-2018-eine-maerchen-stunde-der-klima-alarmisten/>

=====

Günter Ederer: Die Grünen zwischen Recht und Scheinmoral 12. IKEK München am 24.11.18

12. Internationale EIKE-Klima- und Energiekonferenz (IKEK-12). Am 23. und 24. November 2018 in Aschheim/München.

Ederer ist der am häufigsten ausgezeichnete deutsche Wirtschaftsjournalist, der für den SWF in Baden-Baden, Bilanz-TV, das ZDF und die Achse des Guten arbeitete und arbeitet. In seinem Vortrag befasste er sich mit der Partei der Grünen, die in Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Weltrettungsideologien innehaben.

UM IDEOLOGIE GEHT'S, NICHT UM UMWELT – TÜV soll Messstellen prüfen

Jetzt sollen sie doch überprüft werden, die Messstellen, die in deutschen Städten die verschiedenen Stoffe in der Luft messen sollen. Das Bundesumweltministerium will jetzt die »relevanten« Messstellen [durch den TÜV überprüfen lassen](#), also nicht alle.

Eine Überprüfung aller Stationen hatten eigentlich die Verkehrsminister auf ihrer Sitzung am 26. April beschlossen; doch bisher wurden nur einige überprüft, dabei stellte sich eine Fehlerquote von immerhin 40 Prozent heraus.

Wohin die Reise gehen soll, darauf lässt die Aussage des Staatssekretärs Florian Pronold schließen: »Propaganda« und »Fake News« sei die Kritik an den Messstellen. Er, der lange Jahre als Vorsitzender des bayerischen SPD-Landesverbandes erfolgreich am Niedergang der bayerischen SPD mitgewirkt hatte, erklärte, dass es seit einigen Monaten eine »Gespensterdebatte« gebe,

die Misstrauen schüre. Daher solle jetzt Klarheit geschaffen werden. Er gehe davon aus, dass kein Bundesland dagegen etwas einzuwenden habe.

Da kennt er seinen grünen Kollegen aus dem baden-württembergischen Verkehrsministerium schlecht, der sich mit Händen und Füßen gegen eine Überprüfung der Messstellen verwahrt.

Ein großartiger Auftrag an den TÜV: Beweisen Sie die Richtigkeit der Messungen! Nicht die offene Frage, sondern das Ergebnis steht fest. Keine Zweifel daran, dass sie womöglich falsch sein könnten. Früher hieß das: Beweisen Sie die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus.

Die Überprüfung wird einige Monate dauern. Wäre die Überprüfung tatsächlich ergebnisoffen, müssten die angesagten Fahrverbote ab Januar des kommenden Jahres ausgesetzt werden. Denn die beruhen auf diesen Daten. Sollten die sich als falsch herausstellen, wäre das ein gefundenes Fressen für Anwälte.

Wir von *Tichys Einblick* bekennen, diese »Gespensterdebatte« angestoßen und seit langem über den Feldzug gegen den Individualverkehr berichtet zu haben. Geht doch darauf jener Milliarden Schaden zurück, den Autofahrer und auch Autohändler tragen sollen.

Da lohnt ein genauerer Blick auf die Fakten.

Fest steht, dass es ein Streit um des Kaisers Bart ist. Es ist aus Gesundheitssicht vollkommen gleichgültig, ob an einer Messstelle 39, 40 oder 46 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ NO_2 gemessen werden. Es gibt keinerlei Hinweise für gesundheitliche Auswirkungen solch geringer Mengen. Die sind erst bei deutlich höheren Belastungen belegt.

Die gemessenen Werte geben nur die zeitweilige Lage direkt am Ansaugrohr der Messstation wieder. Einige Meter weiter entfernt haben sich die Abgase bereits erheblich verdünnt.

Der Kölner Dom müsste aus Luftbelastungsgründen sofort geräumt, Weihnachtskerzen in Innenräumen untersagt und Holzkamine schnellstens gestopft werden. Die amerikanischen Werte übrigens sind mit 100 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ NO_x auf den Straßen höher, am Arbeitsplatz dürfen 950 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ enthalten sein und die Schweizer überleben am Arbeitsplatz gar 6.000 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ NO_2 .

Die Grenzwerte sind also reine Willkür. Das Gerede von »vorzeitigen Todesfällen« gefährlicher Unsinn. Doch Grüne und DUH haben es tatsächlich geschafft, die Leute glauben zu machen, von solch niedrigen Werten gehe eine Gesundheitsgefahr aus, und mit Fahrverboten ließe sich die Gesundheit von Millionen retten.

Tatsächlich sind Autos heute sauber geworden, die sehr aufwendige und damit teure chemische Fabrik unter dem Wagenboden reinigt die Abgase mittlerweile so gründlich, dass die früher vorhandene Abgasproblematik als erledigt betrachtet werden kann. Es ist ein Kampf von Aktivisten in verschiedenen Netzwerken gegen das Auto und gegen den Individualverkehr geworden.

Aus dem Umweltbundesamt, das sich früher rein mit Umweltfragen beschäftigte, ist ein politisches Kampfinstrument geworden. Die wenigen handelnden Personen wechseln munter die Sessel in Amt, Ministerium und den angeschlossenen NGOs wie dem dubiosen Verein Deutsche Umwelthilfe (DUH). Der verdient einen Teil seines Geldes mit zweifelhaften Abmahnungen, bekommt den anderen durch fragwürdige Zuwendungen aus Ministerien, wie wir das hier mehrfach aufgelistet haben.

DUH-Chef und Vielflieger Jürgen Resch ist der Mann fürs Grobe. Mit verwegenen Sprüchen »Laschet opfere die Lungen der Bürger« betreibt die DUH Panikmache, die anderen halten sich sauber zurück.

Hinter zweifelhaften Organisationen wie der DUH stehen mittlerweile große internationale NGOs wie ClientEarth und Anwaltskanzleien, die auf fette Beute hoffen und die DUH mit finanzieren. Sie erwarten natürlich Rendite. Anwalt James Thornton träumt davon, über Umweltprozesse auch mal eine Regierung in die Wüste schicken zu können.

Die politischen Grundlagen dafür wurden schon vor 10, 15 Jahren gelegt, als die EU neue Umweltvorgaben festlegte. Die wurden dann in nationale Vorschriften umgesetzt, wobei die grünen Truppen sie noch einmal verschärften. Grenzwerte wurden auf absurd niedrige Größen herabgesetzt. Da die nur schwer einhaltbar sind, lässt sich dagegen prächtig Klage führen.

Grenzwerte wurden zu Kampfmitteln. Über Normen lassen sich Technologien aufbauen oder eben zerstören. Sie wurden so drastisch verschärft, dass sie mit vorhandenen Technologien nicht mehr erreicht werden können.

Dann müssen ideologische Richter nicht mehr nach Hintergründen fragen, sondern entscheiden lediglich, ob ein paar $\mu\text{g}/\text{m}^3$ über dem Grenzwert liegen. Sie berücksichtigen auch nicht das Gebot der Verhältnismäßigkeit, das die Leipziger Richter ausdrücklich gefordert hatten.

Ein in frühen Anfangsjahren an den Aufstellungsverfahren für Messstationen in Stuttgart Beteiligter, den wir auch wegen der Aufstellung des Station am Neckartor in Stuttgart kritisiert hatten, schrieb uns ausführlich und stellt aus seiner Sicht die Veränderung dar, die bei Umweltmessungen stattgefunden haben (wofür ich ihm ausdrücklich danke).

Er weist zunächst auf die Veränderungen hin, die das Umweltrecht erfahren hatte: Ursprünglich hatten die Schadstoffmessungen andere Ziele als heute. Sie wurden früher nach der 22. BIm-SchV (22. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz) durchgeführt, in der zahllose Richtlinien der EU verwirklicht wurden. Diese 22. BImSchV wurde am 2.8.2010 durch die 39. BImSchV ersetzt. Damit begann die Krux, schreibt er:

»Messergebnisse von Messstellen, die nur lokale Bedeutung hatten und haben sollten, bekamen eine neue Bedeutung und wurden zum Teil ideologisch missbraucht und interpretiert.«

Waren die Messstellen also ursprünglich Hilfsmittel, den Verkehr und seine

Auswirkungen direkt an Ort und Stelle zu lenken, wurden sie später zum Instrument gegen den Autoverkehr insgesamt.

Er kritisiert seine Nachfolger: »Aus einem »Lokalbezug« (22.BImSchV) wurde ein Flächenbezug (39.BImSchV) hergestellt, ohne den/die Standort/e zu hinterfragen.«

»Grenzwerte wurden in ihrer Bedeutung falsch eingeordnet.« Sowohl unbewusst oder mangels Kenntnissen und auch bewusst aus ideologischen Gründen. (»Da habe/hätte ich nicht mitgemacht.«)«

»Dann kamen unbedarfte Richter wie die vom Verwaltungsgericht Stuttgart, die unfähig oder ideologisch fixiert waren, die Ergebnisse aus den Zusammenhängen (Bedeutung, Wirkung usw.) rissen und dann unsinnige Urteile fällten.«

Er weist auch darauf, dass zum Beispiel das erste Urteil des Stuttgarter Verwaltungsgerichts wegen der Bedeutung für die Mobilität und die heimische Industrie nochmals sorgfältig vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim überprüft werden müsste. Doch aus ideologischen Gründen habe die Landesregierung nur eine »Sprungrevision« zum Bundesverwaltungsgericht verabredet. Dabei ging es nicht um »Inhalt« sondern nur um die »Form«.

Jetzt richtet sich die Republik im Wesentlichen nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart. »Keiner«, so kritisiert er, »wagt sich (die »Politik« schon gar nicht), dem Urteil zu widersprechen oder öffentlich zum Widerstand aufzurufen, weil wir gelernt haben, dass ein Urteil heilig ist und ein Richter nicht kritisch hinterfragt werden darf.«

Interessant ist sein Hinweis darauf, dass es zum Beispiel bei der Messstation Neckartor in Stuttgart, heute Deutschlands berühmteste Stelle, nur darum ging, »wie die lokale Belastung (und um mehr ging es damals nicht) durch Eingriffe in den laufenden Verkehr entlang der B 14 verringert werden kann (nicht durch Verbote).«

Also: Beim Aufstellen von Neckartor ging es seinerzeit ausschließlich darum, wie die lokale Belastung durch entsprechende Eingriffe in den laufenden Verkehr nicht durch Verbote reduziert werden könne.

Doch der grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn lehnt heute Veränderungen an der Messstelle Neckartor vehement ab, verlöre er doch seine Geschäftsgrundlage. Sein schöner »Luftreinhalteplan«, der platt wie ein Plan zur schwäbischen Kehrwoche wirkt, wäre Makulatur, würde die Station am Neckartor Werte im grünen Bereich anzeigen. Hat er doch in der Stadtpolitik sonst nicht viel mehr zu bieten als den »Kampf gegen das Auto«.

Ebenso will in München der OB keine Grüne Welle, dann wären die schönen schlechten Werte hinfällig. Aus anfänglichen sehr sinnvollen Bemühungen, die Luft an den belasteten Stellen in den Innenstädten zu verbessern, wurde ein Kampf gegen das Auto und gegen die freie Mobilität des Bürgers.

Er weist auch auf das komplizierte Gebiet der Atmosphärenchemie hin. »Von Messergebnissen einer Messstelle auf die große Flächen rechnerisch zu

extrapolieren ist ausgesprochen schwierig und mit großen Ungenauigkeiten behaftet. Ein umfassendes Rechenmodell gibt es noch nicht und wäre für eine Stadt wie Stuttgart nicht von heute auf Morgen zu entwickeln.«

Jetzt verwandeln Ministerpräsident Kretschmann und sein Verkehrsminister Herrmann sogar den gesamten Großraum Stuttgart gezielt in eine Kampfzone gegen den Individualverkehr. Grüne Ideologen wollen mit ihrer Verkehrspolitik den Autofahrern das Fahren vergällen – und stoppen durch Ampelschaltungen und Einbahnstraßen den Verkehr. Folge: Viele Staus, die wiederum die Luft verschlechterten. Das dürfte zum Beispiel in Hamburg an der Max-Brauer-Allee die Ursache für die leicht erhöhten Messwerte sein. In der flachen Stadt am Wasser weht fast immer ein Wind, der die Abgase eigentlich gründlich verwehen sollte.

Sie brüsteten sich teilweise sogar offen damit, systematisch Straßen verengt und Stau erzeugt zu haben und so zum Feind der Autofahrer geworden zu sein.

Dabei gehen tatsächliche Gesundheitsgefahren im ideologischen Getümmel unter. Wo es wirklich Handlungsbedarf gibt, steht nicht zur Diskussion: der Gehalt an Benzolen im Benzin. Diese flüssigen Kohlenwasserstoffe sind in geringen Mengen im Benzin vorhanden und dienen als Anti-Klopfmittel. Die sind zweifelsfrei gefährlich und haben nichts mehr im Benzin zu suchen.

Wir bleiben bei TE jedenfalls weiter dran.

Der Beitrag erschien zuerst bei TICHYS Einblick [hier](#)

NATURSCHÜTZER LIEBEN SIE! Windräder – Gigantische Vogelkiller verändern das Ökosystem

Windräder sind wahre Monster im Ausrotten von Vögeln. Sie dezimieren den Bestand an Raubvögeln in dramatischen Ausmaßen. Was unter Fachleuten schon lange bekannt ist, haben jetzt Wissenschaftler bestätigt. In einer Region mit Windparks in Indien haben die Rotoren nahezu alle Raubvögel getötet.

Es ist ein großangelegter Vernichtungsfeldzug gegen Raubvögel. Windräder werden in etlichen Gebieten auf der Erde aus dem Boden gestampft. Ein internationales Wissenschaftlerteam befasste sich mit den Folgen von Windparks, die in den Westghats aufgestellt wurden, einem Gebirge im Westen Indiens, das parallel zum Arabischen Meer verläuft. Schon sehr früh siedelten hier Menschen und profitierten vom regenreichen warmen Klima. Heute zählen die Westghats zu den weltweit bedeutenden Biodiversitäts-Hotspots. 2012

wurden 39 Schutzgebiete in den Westghats in die Liste des UNESCO-Weltnaturerbes aufgenommen. Genau dort drehen sich nun die Rotoren der Windräder. In einer Studie, die in der Wissenschaftszeitschrift „Nature Ecology & Evolution“ veröffentlicht wurde, präsentierten sie die erschreckenden Ergebnisse: Die Windräder sind die Ursache dafür, dass nur noch ein Viertel des ursprünglichen Raubvogelbestandes vorhanden ist. Dreiviertel seien entweder durch die Windräder getötet oder aus dem Habitat vertrieben worden.

Die Killerräder machen auch nicht Halt vor sehr seltenen Arten. Die indische Journalistin Prerna Singh Bindra beschreibt den Tod einer jungen, von einem Windrad erschlagenen Großen Indischen Trappe als [»eine ökologische Katastrophe«](#). Von dieser Art gibt es weltweit nur noch rund 150 Vögel. Untersucht wurden die weiteren Folgen des Verschwindens der großen Raubvögel. Deren Beutetiere haben keine Feinde mehr und können sich nahezu ungehindert vermehren. Entsprechend ändert sich auch das gesamte Ökosystem und sogar das Verhalten von Beutetieren wie Eidechsen. Viele würden sogar nicht mal mehr vor Menschen flüchten.

([»Nature Ecology & Evolution 2018, »Wind farms have cascading impacts on ecosystems across trophic levels«](#))

Die Leiterin der Studie, Maria Thaker, betonte: »Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir feststellten, dass Windkraftanlagen Tiere, die fliegen, negativ beeinflussen.«

Hierzulande ist das allerdings schon lange zu beobachten. In Youtube-Videos läßt sich gut verfolgen, wie große Greifvögel um Windräder kreisen und dann erbarmungslos vom Flügel erschlagen werden. Mit zerbrochenen Flügeln fallen sie zur Erde. Auf dem Boden dann ein letzter vergeblicher Überlebenskampf des einst stolzen Vogels. Alles für Naturschützer kein Problem. Jetzt haben wir noch nicht die Fledermäuse betrachtet, die ebenfalls durch Windräder vernichtet werden.

Besonders brutal diese Aufnahmen beim Bubenheimer Windräder, in das ein Schwarm Rebhühner geflogen ist. Hilflos mit gebrochenen Knochen flattern die abgestürzten Tiere noch auf dem Boden, können nicht mehr fliegen. Sie leben noch.

Im Ton hört man das Entsetzen der Filmerin.

Aufnahmen, die nicht in die netten TV-Tierschutzsendungen mit den Spendenaufrufen für NABU und BUND passen.

Umso unverständlicher ist es, dass scheinbare »Naturschützer« in den großen Verbänden wie NABU und BUND den millionenfachen Vogeltod akzeptieren. Bisher zogen sie sich darauf zurück, dass unterhalb von Windrädern praktisch keine toten Raubvögel gefunden würden. Kunststück, sind die Teile der verendeten Vögel ein gefundenes Fressen für die zahlreichen Tiere am Boden.

Aber den braven sogenannten »Naturschützern« von NABU oder BUND sind die von

den scharfen Flügeln zerteilten Raubvögel gleichgültig, wenn es nur um die „gute Sache“ Windenergie geht. Die darf nicht angetastet werden, auch wenn kein einziger Vogel mehr in der Umgebung fliegt. Die Nase voll dagegen hat Rich Cannon. Er ist bodenständiger Farmer in Springfield (Illinois). In seiner Umgebung wurden ebenfalls viele Windräder errichtet, die seit kurzem laufen. Innerhalb eines Jahres, so beobachtete er, seien die Raubvögel von den Rotoren geköpft oder zerteilt worden. Er hält auf den Bildern auf seiner Facebook Seite immer wieder von Windrädern erschlagene tote Vögel in die Kamera. Er ist erschüttert, wie die prächtigen Tiere brutal von den schnell drehenden Flügeln erschlagen werden. Sie haben keine Chance, vor allem den Flügelenden auszuweichen, die sich mit Geschwindigkeiten bis zu 300, 400 km/h bewegen. Eine Eule hat er auf seiner Farm über zwei Jahre aufwachsen sehen – jetzt ist sie auch vom Windrad erschlagen worden.

Der Beitrag erschien zuerst bei TICHYS Einblick [hier](#)

Antrag der Grünen: Klimaschutz ins Grundgesetz!

Der „Klimaschutz“ muss ins Grundgesetz fordern die Grünen

Video der Rede von Dr. Anton Hofreiter Grüne zum Antrag seiner Partei den „Klimaschutz“ als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern

Nein, die Debatte zum Antrag der Grünen den Klimaschutz ins Grundgesetz aufzunehmen, war keine Sternstunde des Parlamentes. Nicht nur weil der grüne Fraktionschef Dr. Anton Hofreiter, vor lauter freudiger Erregung über die künftige Klimakatastrophe das dumme Pariser Zwei Grad Ziel – mal eben in typisch Freud'schem Versprecher zum 2 % Ziel umformulierte, indem er sagte..

Noch – noch! – haben wir alle Chancen, deutlich unter 2 Prozent zu bleiben. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, den Klimaschutz im Grundgesetz zu verankern.

...sondern vielleicht auch deshalb, weil das Parlament seit vielen Jahren Merkel-Regierung und GroKo sowieso das elegante, manchmal deftige, aber vor allem treffsichere Diskutieren das frühere Parlamentsdebatten so auszeichnete, verlernt hat.

Es fehlte dazu nicht nur die Absicht kontroverse Diskussionen überhaupt zu führen, es fehlte vor allem anderen der notwendige Sachverstand, Zumindest

soweit der die aktuelle und zukünftige Klimaentwicklung betrifft. Keiner der Debattanten, die sich in die Redeschlacht warfen– mit Ausnahme der AfD – wusste auch nur im Ansatz, wovon sie/er redete.

Es fehlt bei allen – bis auf die AfD Vertreter- der notwendige Sachverstand

Stattdessen wurden die fürchterlichsten künftigen Katastrophen, bis zur teilweisen Unbewohnbarkeit der Erde an die Wand gemalt (Hofreiter), die vermutlich nur die Verankerung des Klimaschutzes im Grundgesetz verhindern helfen würde.

„Wo bleibt das Rettungsprogramm für unser Klima?“

fragte fast hilflos Hofreiter Toni, immerhin promovierter Biologe, die wenigen anwesenden Parlamentarier und Regierungsmitglieder und bezog sich dabei auf den erfreulich warmen Sommer hierzulande,

Hätte sich Herr Hofreiter (wie später auch andere RednerInnen wie z.B. Frau Dr. Scheer SPD oder die ständig besorgte Frau Dr. Weißgerber CSU) nicht einen lokal warmen Sommer, wie den eben vergangenen angeschaut, sondern wenigstens die gesamte Nordhalbkugel in den Blick genommen, wie es beim globalen „Klimawandel“ nun mal zwingend erforderlich ist, hätte er zwar eine Pointe verloren, aber dafür feststellen müssen, dass auch dieser schöne Sommer kein einziges Argument für irgendeinen illusionären Klimaschutz liefert, denn

- Die Mitteltemperatur der Nordhalbkugel liegt exakt ± 0 auf dem Mittelwert der letzten 18 Jahre
 - Die Landtemperatur sogar leicht darunter
- Quelle: Dr. Ryan Maue Klimatologe Cato Institute [hier](#)

Frau Dr. Scheer von der SPD hingegen sah dazu noch eine erschreckende Zunahme von Extremwettern und behauptete:

„Unstrittig ist, dass der von den Menschen verursachte Temperaturanstieg, der Klimawandel, eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Menschheit darstellt. Die Folgewirkungen des Ausstoßes von Treibhausgasen führen zur Häufung von immer mehr Wetterextremen und Umweltkatastrophen.“

Das war zwar komplett gelogen, und wenn schon nicht absichtlich von ihr die Unwahrheit gesagt wurde, dann hätte sie sich zuvor sehr einfach z.B. mittels googeln schlau machen können, aber das focht Frau Scheer nicht weiter an.

Video der Rede von Dr. Nina Scheel zur Begründung Ihrer Partei den „Klimaschutz“ als Staatsziel nicht im Grundgesetz zu verankern

Und zwangsläufig blieb sie auch den Beweis für diese kühne und allen Statistiken widersprechenden Behauptung schuldig, fühlte sich dann noch bemüßigt, dem AfD Kollegen Karsten Hilse – der es als einziger der Redner wirklich besser wusste- entgegen zu schleudern..

– Herr Hilse, dass Sie bei so etwas grinsen, finde ich schon abartig.

Das Protokoll ([hier](#)) verzeichnet dazu Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und die Erwiderung des so Angegriffenen Karsten Hilse [AfD]:

Ja, wenn Sie immer Wetter und Klima verwechseln, kann ich schon grinsen! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wenn die Erde eine Scheibe ist! – Gegenruf des Abg. Karsten Hilse [AfD]: Klima ist eine statistische Zahl!)

Darauf wurde Frau Scheer noch wütender und behauptete forsch

*– Ich verwechsle hier überhaupt nichts. – **Der Meeresspiegelanstieg betrifft Millionen von Menschen, und Ernteauffälle führen zu Problemen für Millionen von Menschen – ganz zu schweigen von der enormen Gesundheitsbelastung, die auch mit dem Ausstoß von CO2 verbunden ist. (Hervorhebung von mir)***

Nun ja! Wer nichts weiß, muss alles glauben, wusste schon die Dichterin Marie Louise Ebner Eschenbach. Denn selbst das [IPCC](#) räumt ein, dass es keine Beweise für eine Zunahme von Extremwetter gibt.

Es gibt weder eine Zunahme von Extremwettern, noch steigt der Meeresspiegel schneller als zuvor, noch, noch... das alles gibt es nur in den Computer-Kristallkugeln der Klimamodellierer

Und noch mehr Informationen zur Häufigkeit von Hurrikans und Tornados – umgangssprachlich Extremwetter nach Scheer- finden Sie bsw. [hier](#) und [hier](#)

Und auch Informationen über den Meeresspiegel und seinen normalen, seit hunderten von Jahren völlig unerschrocklichen Verlauf finden Sie z.B. [hier](#). Dort lesen wir u.a.:

Im Holozän war der Meeresspiegel um 2 Meter höher – heutige Änderungen gehen im Rauschen unter

Es scheint daher, dass das Frisieren von Zahlen und das Aufstellen von Behauptungen, zur Norm für Klimawissenschaftler und in Folge deren parlamentarische Jünger geworden sind, obwohl die von jedermann – also auch von vielbeschäftigten, aber in der Sache völlig unbedarften, dafür umso dreisteren Politikern durch ein paar einfache Checks widerlegt werden können.

Einigkeit unter den Parlamentariern hieß in der DDR treffend Volksfront. Nun auch im Bundestag

Dafür wurde aber von allen Rednern, mit Ausnahme der AfD versteht sich, umso euphorischer zunächst die Einigkeit – aller „demokratischen“ Parteien im Bundestag beschworen, um dann umso zielsicherer den einzig richtigen Weg – nämlich den ihrer Parteien- zu Exekution des deutschen Wohlstandes per Hängen oder durch Köpfen zu beschreiben.

War die FDP eher für ein sanftes Hängen, dass durch marktwirtschaftliche Maßnahmen so ökonomisch wie möglich vollzogen werden sollte, so waren die Grünen und tlw. auch SPD und Linke für's Köpfen, aber nicht sofort, sondern in einigen Jahren. Denn das schaffe „Planungssicherheit“ so Grüne und Linke.

Die CDU war da geschickter. Sie hatte zwar auch nichts gegen die Exekution des deutschen Wohlstandes, aber sah die Aufgabe dazu bereits jetzt im Grundgesetz verankert und formulierte daher treffsicher und juristisch feingesponnen- rein juristisch, warum das so sei.

Der maximal hypothetische Einfluss Deutschlands auf die fiktive Weltmitteltemperatur liegt bei 0,000.653 °C. Und interessiert keinen!

Als dann noch der AfD Abgeordnete Dr. Rainer Kraft in einer Kurzintervention darauf hinwies, dass schon die bisherigen riesigen Anstrengungen überhaupt nichts gebracht hätten, jedenfalls nichts für Klima oder gar den Klimaschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Scheer, Sie haben angesprochen, dass es nötig ist, Anstrengungen zu unternehmen, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken – da sind wir nicht im Dissens –, aber auch, um dem Klimawandel an sich entgegenzuwirken.

Der Klimawandel an sich ist zusammengesetzt aus zwei Komponenten, nämlich aus dem anthropogenen Anteil, über dessen Größe wir im Dissens sind, und natürlich aus dem großen Batzen natürlicher Klimaschwankungen, die seit Hunderten von Millionen Jahren bestehen; darüber sind wir im Übrigen auch nicht im Dissens. (D)

Die Frage ist: Glauben Sie, dass die Menschheit eine Technologie, eine Terraforming-Technologie besitzt, um den natürlichen Klimawandel, den es seit Hunderten von Millionen Jahren gibt, in irgendeiner Art und Weise zu beeinflussen?

stotterte Frau Scheer dann rum, und bezichtigte den Fragesteller lauter Unwahrheiten auszusprechen, doch die einfache Frage, dazu noch in leichter Sprache gestellt, beantwortete sie nicht.

Das tat dann Karsten Hilse von der AfD in seiner Rede, bei der er nochmals darauf hinwies, dass – selbst wenn die Hypothese vom Einfluss des menschengemachten CO₂ auf die hypothetische Welttemperatur stimmte, Deutschlands Anteil bei völliger Dekarbonisierung, wie von den anderen Parteien gefordert, nur 0,000653 °C irgendwann in ferner unbekannte Zukunft bringen würde.

Diesem Wert, von Null Erfolg praktisch nicht zu unterscheiden, wurde zwar von niemandem im Plenum widersprochen(1), aber es interessierte auch keinen – und das ganz unabhängig von ihrer Position ob der „Klimaschutz“ nun ins Grundgesetz gehöre, oder dort schon fest verankert sei.

Denn beim Klimaschutz geht es ja darum der Welt zu zeigen, wie man die Welt rettet. Es ist ja nicht ihr Geld nicht ihr Wohlstand, der dort geopfert werden soll, sondern nur das der Bewohner dieses Landes.

Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrieen sich zu ihre Erfahrungen,
Wie man schneller sägen könnte, und fuhren
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen,
Schüttelten die Köpfe beim Sägen und Sägten weiter.

– Bertolt Brecht, Exil, III

Mit Dank an Leser Stefan Steger für dieses passende Zitat.

(1) Bevor jetzt wieder die Diskussion losgeht wie denn dieser extrem geringe Wert berechnet wurde und ob er denn auf die letzte Kommastelle stimme (Dietze & Cie) sei auf den Antrag der AfD verwiesen ([hier](#)) in dem der Rechenweg angegeben ist

**Grünen Chefin Frau Annalena Baerbock,
erschafft nach Stromspeicherung im**

Netz auch neue Klimatatsbestände

Frau Annalena Baerbock ist eine sehr kluge Frau, denn sie ist immerhin die Chefin der Grünen. Und sie sagt oft kluge Sachen. Sachen die jeder verstehen kann und die auch jeder einsehen muss. Beispielsweise sagte sie vor kurzem, dass Stromnetze die Fähigkeit hätten Strom zu speichern. Diese Erkenntnis ist so neu, dass bisher niemand sie kannte. Bisher war die Fachwelt davon ausgegangen, dass sich Strom in nennenswerten Mengen nicht speichern lässt. Jetzt wissen wir dank Frau Baerbock, dass „die Strom-Netze“ diese Fähigkeit haben. Dafür gebührt ihr ein Wissenschaftspreis, evtl. sogar der Nobelpreis für Physik. Vielleicht tut's auch einer für Voodoo Physik.

Nun hatte Frau Baerbock eine neue ebenso kluge Erkenntnis. Sie kann in der Hitzewelle der letzten Wochen *„die Vorboten der Klimakrise“* erkennen, und fordert ihnen mit einem neuen *„Klimarealismus“* begegnen, der durch jede Menge Verbote und Steuern realisiert werden sollte. Dazu gehörte – so Frau Baerbock

„ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz, einen CO2-Preis, den Abschied vom fossilen Verbrennungsmotor und die verordnete Abschaltung von alten Kohleblöcken“.

Und damit nicht genug, deshalb fordert sie einen

„...Klimaanpassungsfonds, der eine Entschädigungskomponente für diejenigen enthalte, die von extremen Ereignissen besonders hart betroffen seien. Gespeist werden sollte dieser unter anderem „aus einer vernünftigen CO2-Bepreisung im Sinne des Verursacherprinzips“.

Den hatte allerdings zuvor schon die AfD gefordert in ihrem jüngsten Klimaschutz-Stopp Antrag, dort allerdings aus anderen Gründen. Pikant dabei, dass die Grünen anfangen bei der AfD abzukupfern. Sind die doch lernfähig? Wohl eher nicht, denn weil es nach Frau Baerbock mal wieder höchst dringlich ist, sagt sie..

„Wenn wir jetzt nicht anfangen, massiv CO2 zu reduzieren, und uns zugleich auf die bereits erfolgten Auswirkungen der Erderwärmung einstellen und vorbeugen, dann sind wir in ein paar Jahren gezwungen, disruptive Schritte zu gehen – mit massiven gesamtgesellschaftlichen Kosten“. Je später wir handeln, desto teurer wird's“

Bevor nun doch der Voodoo-Nobelpreis für Klimawissenschaft gestiftet wird, und er Frau Baerbock evtl. als erster zugesprochen würde, sollten wir daran erinnern, dass die konventionelle Klimawissenschaft den Begriff Klima erst erfunden und dann definiert hat. Man wusste zwar, dass sich das Wetter – insbesondere mit den Jahreszeiten – wandelt, aber wollte auch sehr

langfristige Änderungen – weit über ein Menschenleben hinaus- erkennen um ggf. daraus Erkenntnisse zu gewinnen. Deswegen schuf man den statistischen Begriff „Klima“, um regionale Klimazonen, in denen das Wetter auf lange Zeit ähnlich verlief, klassifizieren zu können. Und definierte diesen Begriff weltweit als das langjährige Mittel über mindestens 30 Jahre von **lokalen** Wetterdaten wie z.B. Temperatur, Wind, Niederschlag.

Alles kürzere beschreibt Wetter oder wenn es länger andauert: Witterung.

Von Vorboten ist in dieser Definition, die schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) verabschiedet wurde, nichts enthalten.

Es bedurfte der Klugheit, ja der Weisheit der Grünen-Chefin Baerbaum, diese bisher unbekanntes Abkömmlinge des Klimas dingfest zu machen. Auch dafür gebührte ihr ein Voodoo-Physik-Preis.

Wir weniger Klugen und wissenschaftlich nicht so gebildeten Mitmenschen hatten bisher geglaubt, dass das, was wir erfreulicherweise die letzten Wochen miterleben durften, nämlich einen schönen warmen Sommer, sei einfach schönes Wetter. Denn mindestens 30 Jahre lang hatten wir dieses schöne Wetter ja noch nicht, das vorige Jahr war eher kalt und verregnet und international gesehen, war es auch nicht so. Also das Weltklima betreffend, und so! Denn nur gegen das sollen wir ja mit unserem CO₂ Emissionsverzicht vorgehen. Was aber auch nur – bei vollem Erfolg und falls das bisschen CO₂ wirklich den starken Einfluss -dank vermuteter Verdreifachung durch Rückkopplung- hat, dem ihn manche zuschreiben- eine Reduktion des Anstiegs der globalen Mitteltemperatur von ganzen 0,000653 °C zur Folge hätte.

Vielleicht sollte das mal jemand Frau Baerbock mitteilen, bevor man sich Gedanken macht ihre neuesten Erkenntnisse mit Preisen zu ehren.

Europa ohne Energie – Was zählt schon Versorgungssicherheit?

Es könnte so ausgehen wie bei den Autos: Keiner produziert mehr und plötzlich sehen wir schwarz. Die wahnwitzige Energiewende in Deutschland wirbelt den gesamten europäischen Markt durcheinander. Am Ende stellen alle fest: Produzieren bringt nur Ärger und Kosten, aber keine Gewinne, also lassen wir es ganz und kaufen auf dem Markt unseren Strom.

Viel von den kommenden Nöten erfährt man [in einem äußerst informativen Interview](#), das der Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung, Eric Gujer, und die Politikphilosophin Katja Gentinetta mit Suzanne Thoma mustergültig geführt haben.

Thoma ist studierte Chemieingenieurin, arbeitete lange bei dem Schweizer Chemiekonzern Ciba, und soll jetzt als CEO die Bernischen Kraftwerke BKW neu aufstellen. Dieser drittgrößte Stromkonzern der Schweiz ist heftig ins Schlingern geraten, seitdem auch die Schweizer in einer Volksabstimmung für so etwas Ähnliches wie eine Energiewende gestimmt haben.

Denn man glaubt es kaum: In der Schweiz sprudeln zwar schier unerschöpfliche Mengen an Wasser von den Bergen herunter und entzücken grüne Gemüter, weil es ja so schön umweltfreundlich ist und CO₂-frei, aber mit dieser Wasserkrafterzeugung scheint es vorbei zu sein. Die Berge schicken scheinbar doch eine Rechnung, und die fällt sehr hoch aus. Zu hoch für die Energieversorger. Die beklagen sich über exorbitant erhöhte Steuern, mit der die Wasserkraft belegt wurde und die die Stromerzeugung aus Wasser unattraktiv macht.

Dazu kommen die stark gesunkenen Preise für Strom auf dem europäischen Markt. Strom ist so billig wie nie zuvor. Das führt dazu, dass ein Teil der schweizerischen Wasserkraftwerke ihre Kosten nicht mehr decken kann. »Die Wasserkraft wird im Augenblick etwas aus dem Paradies oder aus dem Wohlfühl-Bereich vertrieben«, formuliert Suzanne Thoma blumig knallharte betriebswirtschaftliche Realität. »Warum ist das so? Weil auch die Wasserkraft, die in der Schweiz ist, steht auch im internationalen europäischen Wettbewerb. Sie steht in Konkurrenz mit anderen Produktionstechnologien und mit anderen Ländern und muss sich bewähren.«»Das ist zwar eine Herausforderung, die nicht neu ist, der Strommarkt ist de facto schon länger liberalisiert. Aber was seit einigen Jahren passiert, ist, ist dass sich der Strompreis dramatisch reduziert hat, er hat sich halbiert. Und damit steht die Wasserkraft und auch die Stromkonzerne, auch die BKW, vor einer massiven Herausforderung. So musste sich auch unser Unternehmen vor ein paar Jahren neu erfinden, weil wir sonst so wie die Titanik Richtung Eisberg uns bewegt hätten.«

Die Moderatorin Katja Gentinetta fragt: »Wir können uns überhaupt nicht mehr darauf verlassen, dass es diese Seen gibt, das Wasser, und dass die Schweiz im nationalen Umfeld geschützt ist?«

Die Schweiz ist zwar mittlerweile zur Drehscheibe des europäischen Strommarktes geworden. Doch so Thoma: »Die Frage ist, wie viel Strom man noch in der Schweiz produzieren möchte?« Das läuft dann auf die simple Frage der Wettbewerbsfähigkeit hinaus. »Und da steht die Schweiz aus verschiedenen Gründen nicht so gut da. Einmal aus den Kostengründen, die Unkosten sind hoch. Es ist teuer, in der Schweiz zu produzieren, auch in der Wasserkraft, nicht nur in der Industrie. Gleichzeitig hat man das Währungsrisiko. Wir fakturieren letztendlich in Euro mit einem starken Schweizer Franken.«

Sie fragt für die Bernischen Kraftwerke BKW: »Wie geht man eigentlich um mit

der Wasserkraft? Die wird hoch besteuert in der Schweiz und steht in Konkurrenz mit anderen Produktionstechnologien, die nicht besteuert werden.«

Bedroht von der deutschen Energiewende und der nachfolgenden Schweizer Wende. Chefredakteur Eric Gujer: »Die Schweiz hat nach Merkel auch so eine halbe Energiewende gemacht. Wie sinnvoll war diese ganze Übung?«

Suzanne Thoma: »Ich denke, es zeigt etwas über die Entwicklung der Energiewende global. Ursprünglich hat man damit angefangen, und weltweit ist es auch noch der Fokus, nämlich die Reduktion von CO₂. Weltweit geht es bei der Energiewende in erster Linie um die Reduzierung von CO₂. Ich nehme an, ich kann nicht direkt in den Kopf von Frau Merkel sehen, aber ich nehme an, das war ihre Hauptüberlegung damals. Dann kam Fukushima und die politische Einschätzung, dass die Kernkraft in der Bevölkerung nicht mehr genügend Unterstützung besitzt. Und dann ist man etwas weggegangen von der CO₂ Problematik in der Schweiz und in Europa hin zur Energiewende. Das heißt in erster Linie: Ausstieg aus der Nuklearenergie.« »Und jetzt habe ich den Eindruck, korrigiert sich das schon wieder etwas, aber der Ausstieg ist natürlich beschlossene Sache.« Gujer hakt noch einmal nach: »Wie sinnvoll ist das Ganze? Wenn ich mir jetzt Deutschland anschau, dann ist seit 2009 der CO₂ Ausstoß faktisch konstant. Danach hat sich nicht mehr viel getan. Die meisten Reduktionen kamen mit der Abschaltung der Dreckschleudern in der ehemaligen DDR. Als das erledigt war, ging es dann nur noch marginal zurück. Also muss man sagen: Für den Klimaschutz hat die ganze Geschichte bis dato relativ wenig gebracht.«

Thoma pflichtet bei: »Wenn Sie die Schweiz und wenn Sie Deutschland anschauen – dann stimmt das. Wenn Sie eine globale Perspektive einnehmen, also zum Beispiel die Vereinigten Staaten – die haben große Fortschritte gemacht. Auch in China ist neben dem Aspekt der Umweltverschmutzung die CO₂ Reduktion ein sehr wesentlicher Punkt.«

Sie verweist als Gegenteil auf das Beispiel Finnland. Dort geht nach langen Jahren und großen Schwierigkeiten ein großer Kernreaktor ans Netz. Thoma: »Das ist ein Ding! Das ist fünfmal Mühleberg. Da gibt es keine Opposition dagegen!« Mühleberg ist ein mit 370 MW elektrischer Leistung ein eher kleines und älteres Kernkraftwerk in der Schweiz.

Gujer: »Die Schweiz hat nach einem Referendum die Energiestrategie 2050 beschlossen: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, weniger Energieverbrauch – es geht alles in diese Richtung – ist damit der Weg vorgegeben?«

Suzanne Thoma antwortet mit zur Schau gestelltem Optimismus, wie sich das Anteilseigner von einer Geschäftsführung erwarten: »Es ist für uns eine neue Rahmenbedingung, die uns in erster Linie auch neue Geschäftsmöglichkeiten gibt.«

Die BKW müsse sich gewissermaßen neu erfinden, weil sie mit dem bisherigen Geschäft der Energieproduktion nicht mehr gut leben könne. Sie versucht, die politisch korrekte neue Geschäftsmöglichkeit anzupreisen: »Es ist eine positive Rahmenbedingung, um den Leuten helfen zu können, Strom zu sparen.«

Doch ob der neue Geschäftszweig, anderen beim Strom zu helfen, so ertragreich wie das ehemalige Geschäft der Stromproduktion sein wird, bleibt offen.

»Ansonsten«, da muss sie nachdenken, »ansonsten ist die Energiestrategie der Schweiz, wo wirklich, wirklich entschieden wird, was läuft, für uns als Investoren China.«

Gujer: »Wäre es nicht viel sinnvoller, wenn es ums globale Weltklima geht, wir konzentrierten uns auf die wirklichen großen Verbraucher und Produzenten von CO₂, nämlich China, Indien, die für einen ganz großen Teil der Emissionen stehen, und sparen uns solche Mikroarbeiten, wie sie die Energiestrategie (in der Schweiz) bedeutet.«

Thoma: »Sie stellen mir da vor allem eine politische Frage. Ich vertrete hier die BKW, die sich in diesem Umfeld positioniert, und aus der neuen Situation versucht, eine möglichst gute Lösung zu finden.«

Die eidgenössische Energiewirtschaft investiert eher in norddeutsche Windanlagen und nicht mehr in die Stromproduktion in der Schweiz. Ungelöst bleibt damit das absehbare Problem, dass im Sommer zu viel und im Winter zu wenig Strom produziert werde. Thoma daher: »Wir müssen uns ganz sicher sein, ob die Nachbarn dann immer auch exportieren können und wollen und zwar nicht im Durchschnitt über ein Jahr, sondern eben auch in Extremsituationen im Winter.«Doch damit steht nichts anderes als die Versorgungssicherheit auf dem Spiel. Sollten in anderen Ländern gerade auch Mangel an Strom herrschen, weil europaweite Flaute herrscht, dann gibt es keinen Strom mehr zu kaufen. Der liegt nicht wie Reis, Weizen oder Milch auf Vorrat in einem Lager und kann abgeholt werden. Es muss in genau dem Augenblick erzeugt werden, in dem er verbraucht wird. Europaweit.

Thoma bringt ins Spiel, was auch deutsche Stromproduzenten umtreibt: Sie müssen Kraftwerkskapazitäten vorhalten, die den Großteil des Jahres über nicht laufen und keinen Strom produzieren: »Da stellt sich dann die Frage, wenn man sagt, man möchte doch etwas Reserve haben, wie müssen denn die Rahmenbedingungen sein, dass eine Firma wie beispielsweise die BKW sagen würde: ja, wir bauen jetzt ein Kraftwerk, das 360 Tage im Jahr nicht läuft. Aber wir halten es als Versicherungsleistung zurück für die fünf Tage im Jahr, wo man es vielleicht dann braucht. Nur dann können Sie nicht nur die Kilowattstunde bezahlen, also nicht nur die Energiemenge, sondern Sie müssen die Dienstleistung bezahlen.«

Gujer entgegnet: »Sie rufen also schon nach einer neuen Subvention, damit Sie eine Leistung erbringen. Das ist mein Problem mit der ganzen Energiestrategie 2050. Es passiert ja nicht das, was Sie ja eigentlich fordern, nämlich dass der Markt ent-scheidet, wo man am vernünftigsten Energie spart und mit welchen Methoden man das macht, sondern es ist ein sehr dirigistischer Ansatz. Es wird wieder politisch festgelegt: Nicht der Markt entscheidet, sondern Bern und das Volk haben entschieden. Damit alle am Schluss ein bisschen zufrieden sind, gibt es für viele Gruppen auch noch Subventionen unter anderem auch für Sie die Marktabgabe. Es wird also auch noch ein relativ teurer Spaß. Das erscheint mir politisch vielleicht ein gangbarer Weg, aber wenn wir darüber reden, wie sinnvoll die ganze Übung ist, erschließt sich mir deren Sinn nicht wirklich.«

Thoma entgegnet: »Die Marktabgabe wollten wir eigentlich nicht. Das ist eine Versicherung und keine Subvention. Das ist eine Leistung, die man erbringen würde. Aber es ist – da haben Sie recht – ein politischer Entscheid.«

Die BKW richtet sich jetzt auf neue Rahmenbedingung aus. »Das führt schon dazu – und ich beklage mich nicht –, dass wir unser Energiegeschäft neu definieren. Wir reduzieren die Energie, die wir produzieren. Wir hören mit der Produktion Mühleberg auf. Wir haben gewisse Lieferverträge gekündigt. Wir sagen als BKW: Wir behalten zwar das Energiegeschäft, aber es soll im Gesamtportfolio, von dem, was wir machen, kleiner werden und eine kleinere Bedeutung haben, weil letztendlich der Investitionspace nicht gegeben ist.«

Dann spricht sie den entscheidenden Punkt an: »Vielleicht ist das ja für die Schweiz richtig. Es ist dann richtig, wenn man zum Schluss kommt, dass Importieren immer gegeben ist und dieses Risiko, dass ich vorher erwähnt habe, dass man einmal nicht importieren kann, dass das tragfähig ist.«

Thema: Versorgungssicherheit. Ein Land nimmt das Risiko auf sich, wenn kein Strom zur Verfügung am Markt verfügbar sein sollte, dann gibt es eben keinen.

Katja Gentinetta fragt folgerichtig: »Wer ist zuständig, wenn Sie sich zurückziehen?«

Es wird keinen verantwortlichen Stromproduzenten mehr geben. Suzanne Thoma verweist auf den Markt: »Zuständig wäre der Markt. Wenn der Preis steigt, wird mehr zugebaut. Und wenn der Preis sinkt, dann gibt es eine Korrektur. Das ist die Idee hinter dem Strommarkt.«

Nur werde der Markt auch aufgrund politischer Eingriffe verzerrt. In jedem Fall sind nicht, das sagt sie ganz klar, die Energiekonzerne zuständig. »Wir haben keinen Leistungsauftrag. Wir haben keine Pflicht, eine Stromproduktion zu haben. Da steht nirgend in einem Gesetz und auch nicht in unseren Statuten. Wir hatten sicher in der Vergangenheit das Selbstverständnis – das war unsere Raison d'être – . Das ist jetzt der Umbau, den wir mit der BKW machen. Wir sagen: Diese Stromproduktion hat uns fast vor eine Wand gefahren. Und wir haben früh genug die Kurve genommen und eben nicht mehr investiert und andere Geschäftsfelder aufgebaut.«Einen Strommangel gebe es in Europa insgesamt nicht, stellt Gujer fest und verweist auf Deutschland: »Im letzten Jahr an 150 Tagen im Jahr mussten die Stromversorger sogar etwas zahlen, dass man ihnen den Strom abgenommen hat!«

»Wäre es da nicht konsequent zu sagen: Energiesicherheit heißt für uns in der Schweiz: Wir brauchen europaweit ein gutes Netz, ein stabiles Netz, und wir kaufen das, was wir in der Spitze vielleicht einmal benötigen, einfach ein und dann brauchen wir selber gar nicht so sehr schauen, was wir da an Versorgungssicherheit machen, denn der europäische Markt liefert es uns.«

Thoma in erfrischender Deutlichkeit, die man sich von deutschen Energiemanagern wünscht: »Wenn ich Ihnen so zuhöre, kommt mir das Bild vom Menschen, der mit dem Kopf im Backofen und den Füßen im Eiswasser ist. Also im Durchschnitt ist das ja gar keine so unangenehme Situation. Sie haben Recht: Es gibt zu viel Strom, darum ist der Preis ja auch so tief. Aber die

Stromschwemme ist eben nicht gleichmäßig übers Jahr verteilt. Strom im Gegensatz zum Erdgas oder Erdöl ist eben sehr schwierig zu speichern.«

Europa werde zu einer Art »Kupferplatte«. Es komme nicht mehr darauf an, wo der Strom produziert wird. Man könne ihn zum Beispiel von Spanien aus dem Süden nach Deutschland transportieren. »Aber bauen Sie mal diese großen Stromleitungen!«

Gujer verweist auf die erheblichen Marktverzerrungen: »Deutschland drückt mit sehr viel Geld – die Stromabgabe, die der Verbraucher zahlt, kostet 25 Milliarden € im Jahr -, seinen Strom in die europäischen Netze und verzerrt damit die Situation in den anderen Ländern. Ist das ein deutscher Stromimperialismus?«

Thoma: »Wir haben einen freien internationalen Markt. Da sehe ich nichts Imperiales dran. Ich sehe den Markt, allerdings einen verzerren Markt. Sie haben einerseits die erneuerbaren, die nach wie vor subventioniert werden. Dann haben sie den politischen Entscheid auf europäischer Ebene, CO2 zu vermeiden.«

Katja Gentinetta: »Andere Länder können mit Wasserkraft günstiger produzieren. Die Schweiz hat sich dazu entschieden, das nicht zu fördern.«

Thoma: »Sie hat sich nicht nur entschieden, es nicht zu fördern, sie hat sich entschieden, es steuerlich relativ heftig zu belasten. Das ist schon ein mutiger Entscheid und für mich ein Beispiel, wo man einen Ast absägt, auf dem man sitzt.«

Die Energieversorger in der Schweiz erhalten von Seiten der Politik verschiedene Signale, einerseits will man gerne Wasserkraft nutzen und gleichzeitig will man es offenbar doch nicht wirklich. Für Thoma die einzige Folgerung aus betrieblicher Sicht: »Wir richten uns darauf ein, wir bauen die Firma deswegen um.«

Die Besteuerung der Wasserkraft in der Schweiz sei, stellt sie fest, extrem hoch geworden. »Sie ist der größte Kostenfaktor bei den Energieerzeugern, an dem sie auch nichts machen können.«

»Ich würde das Klima um die Energieproduktion in der Schweiz etwas freundlicher gestalten.« Drückt sie es vorsichtig aus.

Sie führt das Beispiel der Kernenergie an. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre wollten alle, dass man in die Kernenergie investiert. Für die Strombranche wäre Kohlekraftwerke einfacher gewesen. »Jetzt am Ende der Laufzeit dieser Technologie sind die Stromkonzerne die, die auch infrage gestellt werden wegen den Entsorgungskosten. Und das ist eine ganz schreckliche Vision, dass die Gesellschaft auch ein paar Franken dran zahlen müsste. Wir wollten diese Kernkraft nicht. Wer sagt uns, dass es nicht ähnliche Gedanken zur Wasserkraft geben wird in 50 Jahren? Wie konntet ihr nur die Berge aushöhlen und das Wasser fassen?« »So gilt heute bei fast allen Energiekonzernen die Regel: Vorsicht bei Investitionen in die Energie Infrastruktur!«

Die BKW sieht sich nunmehr als Investor, der das Geld der Aktionäre dort investiert, wo das Verhältnis zwischen Ertrag und Risiko am besten ist. »Es ist tatsächlich so, dass in einem Windpark im Norden Deutschlands die Ertragswahrscheinlichkeit und die Risiken, denen wir uns aussetzen, deutlich kleiner sind, als wenn wir in der Schweiz ein Wasserkraftprojekt umsetzen würden.«

So bleibt letztlich die Frage von Eric Gujer unbeantwortet: »Wer sichert am Ende in Europa die Versorgungssicherheit?«

Und zwar dann, wenn aufgrund der Jahreszeiten zu wenig Strom produziert wird. Denn Strom ist nicht gleich Strom. In herbstlichen und winterlichen Hochdrucklagen herrscht meist viel Nebel und wenig Wind. Strom gibt es dann eher wenig, schon gleich gar nicht, sollten alle Kraftwerke abgeschaltet worden sein.

Was vom angeführten Rückgrat der europäischen Stromversorgung zu halten ist, zeigt sich derzeit ziemlich deutlich. Denn die Stauseen in den Schweizer Bergen sind derzeit gerade sehr leer. Der lange Winter sorgte einerseits für hohen Strombedarf auch in der Schweiz, andererseits dafür, dass aufgrund der langen Schneesaison kaum Wasser in die leeren Seen nachfließen konnte. Die Schweiz meldet derzeit Pegelstände in den Bergseen auf einem Rekordtief.

Mal eben von der Schweizer Swissgrid telefonisch eine Notreserve von 300 MW zu erbitten wie im Februar 2012, um einen Blackout in Bayern und Baden-Württemberg abzuwenden, ist dann nicht mehr möglich. Dann wird auch ein horrendes Angebot mit irrsinnig viel Geld nicht nutzen; damals wurden pro Megawattstunde 3.000 Euro bezahlt, 50 mal mehr als der Börsenpreis. Wenn kein Strom mehr da ist, dann kann er auch mit noch so viel Geld nicht beschafft werden.

Da bekommt die deutsche Vorstellung von den Bergseen in den Alpen als »Batterien Europas« für den Zeitpunkt, da alle Kern- und Kohlekraftwerke abgeschaltet sein sollen, eine besonders irrlichternde Komponente.

Übernommen von Tichys Einblick [hier](#)

[Aktionismus in Hamburg und Forderung flächendeckender Fahrverbote in Deutschland](#)

Fahrer müssen sich jetzt eine Ausweichroute um die Stresemannstraße suchen, die 4,8 km lang ist und damit länger als die eigentliche Route von 1,6 km. Ein erheblicher Umweg, der Zeit, Geld und Sprit plus Abgase kostet.

Tag eins der neuen Zeit in Deutschland: Hamburger Dieselfahrer retten das Klima und fahren seit Mitternacht des 31. Mai 2018 fortan nicht mehr über 580 Meter der Max-Brauer-Allee sowie über 1,6 Kilometer der Stresemannstraße. 55 Umleitungs- und 49 Verbotsschilder wurden aufgestellt. Das Bußgeld bei einem Verstoß beträgt 20 Euro für Pkw und bis zu 75 Euro für Lkw.

58 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft an NO₂ in der Luft an dieser Messstelle sollen auf 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gedrückt werden. Eine Gefahr für die Gesundheit besteht laut Aussage von Wissenschaftlern nicht.

Die Luftmessstation in der Max-Brauer-Allee steht auf einem Mittelstreifen idyllisch unter Bäumen, die ein dichtes Dach bilden und den Luftaustausch stark einschränken. Das ergab unsere Leseraktion in der Folge im März dieses Jahres.

Ob diese Messstation korrekt misst, darf bezweifelt werden. Unter Bäumen darf laut Anhang 3, Buchstabe C der der 39. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchgV) nicht gemessen werden, eine Station in der Mitte einer Allee verstößt gegen Anhang 3, Buchstabe A 2 c) der 39. BImSchgV.

Der Ingenieur Fred F. Mueller [fand zudem heraus](#): »Bei amtlichen Kontrollmessungen zeigte sich, dass die NO₂-Konzentrationen am Messpunkt GM-12 um 16 % niedriger waren, am Messpunkt GM-10 lag die Belastung sogar um volle 30 % tiefer. Ein Beleg dafür, wie massiv der Einfluss der Distanz des gewählten Messpunktes zum Maximalpunkt der Emissionen ist.«

Einen deutlichen Rückgang des Berufsverkehrs haben die Reporter von Bild am Morgen des Donnerstags nicht bemerkt. Sie sahen sich schon früh auf den beiden betreffenden Straßenabschnitten um. Allerdings berichteten sie von empörten Anwohnern der Umgehungsstraßen, durch die jetzt der Verkehr rollt. Denn die Fahrer müssen sich jetzt eine Ausweichroute um die Stresemannstraße suchen, die 4,8 km lang ist und damit länger als die eigentliche Route von 1,6 km. Ein erheblicher Umweg, der Zeit, Geld und Sprit plus Abgase kostet.

Laut Bild verwarnt die Polizei nur; sie kann nur stichprobenartig kontrollieren, denn einem Auto sieht man von außen nicht an, was für ein Motor unter der Haube steckt. Also: Auto anhalten lassen, Fahrzeugschein herausfummeln, Blick auf die erfüllten Norm – das kostet Zeit und Nerven. Doch die Polizei verspricht schon: »Großkontrollen sind in Planung. Zunächst wollen wir informieren statt sanktionieren.« [Bild zitiert Anwohner](#), die an der Umgehungsroute wohnen und bereits jetzt die Nase voll haben: »Wir können unsere Fenster nachts nicht mehr aufmachen, unser kleines Kind hustet nachts.«

Der grüne Hamburger Umweltsenator Jens Kerstan verteidigt die Fahrverbote: »Es ist unser Ziel und unsere Verantwortung, die Bürgerinnen und Bürger vor schädlichen Abgasen zu schützen.«

Vielleicht sähen es die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs lieber, wenn der Senat ihr Leben zuerst vor messernden Neuankömmlingen und ihr Eigentum vor Antifa-Chaoten schützen würde. Das klappt noch nicht so gut; das Abfackeln von Autos in einem hohen Flammenmeer mit dunklen Rußfahnen verhageln die

Bilanzen in Portemonnaies und Schadstofftabellen.

Mit dem »Schutz« vor kaum vorhandenen Abgasen, für deren Schädlichkeit es keine Belege gibt, tut sich der Senat schon leichter. »Solange die Bundesregierung nicht handelt, werden wir diese Straßensperrungen aufrechterhalten.«

Gnädigerweise will der Umweltsenator das Fahrverbot nicht auf die gesamte Stadt ausweiten, dies sei nicht verhältnismäßig den Fahrern von Dieselfahrzeugen gegenüber.

Die einschlägigen NGOs und Umweltverbände betonten, dass die Sperrung beim Straßenabschnitt nicht ausreichend sei.

Die Grünen wollen das totale Dieserverbot und [fordern gleich flächendeckende Fahrverbote in ganz Deutschland](#). Der Grüne Cem Özdemir will keinen „Flickenteppich an Maßnahmen“ in Deutschland, sondern pauschale Fahrverbote mit der »blauen Plakette«.

ALIBIPOLITIK

[Hamburg: Diesel-Fahrverbot ab kommender Woche](#)

»Wenn Sie künftig von Hamburg nach Stuttgart fahren, brauchen Sie vielleicht ein dickes Handbuch, wo drin steht, wo Sie mit welchem Fahrzeug reinfahren dürfen und wo nicht«, befürchtet der grüne Sozialpädagoge. Einfacher wäre aus seiner Sicht eine bundesweite blaue Plakette. »Dann gibt es eine klare Regelung. Der moderne Diesel darf rein, die anderen dürfen in der Zeit der Überschreitung nicht rein.« Hand in Hand gehen Grüne mit dem Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe (DUH), der ebenfalls flächendeckende Dieserverbote will. Danach soll der Benziner dran sein, der ebenfalls verboten werden muss, geht es nach dem DUH-Chef Jürgen Resch.

Bereits jetzt sind die Grundlagen dafür gelegt worden, dass in drei Jahren unsere jetzigen Autos überhaupt nicht mehr fahren dürften. Zum Schutz der Umwelt – natürlich – müssen die Grenzwerte noch weiter herabgesetzt werden. Dasselbe Spiel wie aktuell deutet sich an: Die EU will ab 2021 neue Verbrauchstests für Pkw und leichte Lkw einführen. Diese Grenzwerte sind so niedrig, dass sie mit Fahrzeugen mit Diesel oder Benzinern nicht mehr erreicht werden können. Nur mit Luft und Liebe lässt sich eben kein Auto mehr antreiben.

Auf den Weg gebracht wurde dieser Vorschlag von Deutschland bei der EU. Die Einspruchsfrist bei der EU endete im Frühjahr. Deutschland hat auf sein Recht des Einspruchs verzichtet. Das bedeutet: In drei Jahren können solche Trupps wie die von der Deutschen Umwelthilfe, wenn es die dann noch gibt, ihre neuen Klagewellen lostreten. Alles völlig legal, steht dann so in den Vorschriften und Gesetzen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TICHYS Einblick [hier](#)